

An die Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung,
Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung

**Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Anti-
diskriminierung und Bürger*innenbeteiligung**

Geschäftsführung: Ansgar Rohner
Telefon: 06421 201-2005
E-Mail: ansgar.rohner@marburg-stadt.de
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12
Uhr Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 08.02.2023

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und
Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)** am

**Donnerstag, dem 16.02.2023, 16:30 Uhr,
Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg**

lade ich Sie ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022
- 3 Anträge der Fraktionen
- 3.1 Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Fachtag über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation VO/1146/2023

3.2 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Anhörung zu Hilfsmaßnahmen für Menschen in prekären Lebenslagen

VO/1155/2023

4 Kenntnisnahmen

5 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Roland Böhm

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung (öffentlich)

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.12.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Roland Böhm - Marburger Linke	
-------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	Vertretung für: Lena Frewer
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Myriam Hövel - SPD	Vertretung für: Liban Abdirahman Farah
Asmah El-Shabassy - SPD	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	

Magistratsmitglieder

Kirsten Dinnebier - SPD	
-------------------------	--

Protokollführung

Ansgar Rohner -	
Peter Schmidt -	

Abwesend

reguläre Mitglieder

Jelena Noe - CDU	entschuldigt
Birgit von Bargaen - CDU	entschuldigt
Lena Frewer - B90/Die Grünen	entschuldigt
Liban Abdirahman Farah - SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Matthias Pozzi - AfD	entschuldigt
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	entschuldigt
Dietmar Göttling -	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	entschuldigt
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	entschuldigt
Dr. Michael Kopatz -	entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Amend-Wegmann, Frau Dr. Engel, Frau Exner (Gemeindepflegerin), Frau Gattmann (Gemeindepflegerin), Frau Heinzer (Gemeindepflegerin), Frau Meier, Herr Bau (KiJuPa), Herr Dr. Grebe

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.11.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Der Vorsitzende gibt eine Anmerkung zu Punkt 6, wonach unter Punkt „Verschiedenes“ der heutigen Sitzung die Verfahrensweise bzgl. eines gemeinsamen Antrages besprochen wird.

Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Gemeinschaftliches Wohnen für alleinerziehende Menschen im Bauvorhaben am Oberen Rotenberg verankern

VO/1015/2022

Frau Dinnebier leitet zum TOP ein und übergibt an Frau Dr. Amend-Wegmann, welche den TOP vorstellt. Fragen des Gremiums werden beantwortet. Frau Dr. Amend-Wegmann stellt klar, dass klare Regelungen erforderlich sind, u.a. z.B. Übergangsregelungen im Falle, wo Alleinerziehende einen Partner finden, sowie Fragen nach Bedarf für sozialpädagogische Maßnahmen für die Betroffenen.

Das Gremium befürwortet die Vorlage einstimmig.

zu 4 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 4.1 Antrag des KiJuPa betr. Errichtung einer Unisex-Toilette an allen Marburger Schulen

VO/1022/2022

Herr Bau vom KiJuPa stellt die Vorlage vor. Aufgrund der aktuell bestehenden Vorschriften, wonach in Schulen getrennte Toiletten vorhanden sein müssen, wird der Antrag umformuliert.

„Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, an allen weiterführenden Marburger Schulen eine Unisex-Toilette einzurichten, wo dies unter Beachtung der bestehenden Vorschriften möglich ist. Des Weiteren sollen Unisex-Toiletten auch bei künftigen Neubauten von weiterführenden Schulen errichtet werden.“

Das Gremium befürwortet die geänderte Vorlage einstimmig.

zu 4.2 Antrag des KiJuPa betr. die Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel in allen Marburger Schultoiletten sowie in allen öffentlichen Toiletten (unabhängig vom Geschlecht)

VO/1023/2022

Herr Bau vom KiJuPa stellt die Vorlage vor.

Frau Dinnebier erläutert, wonach erste positive Erfahrungen bei der Bereitstellung von Hygieneartikeln (siehe VO(0286/2021) gesammelt werden konnten. Eine Ausweitung an weiteren Standorten ist beabsichtigt, perspektivisch werden alle weiterführenden Schulen ausgestattet, wobei dies insbesondere auch in Unisex-Toiletten erfolgen soll.

Das Gremium befürwortet die Vorlage einstimmig.

zu 5 Kenntnisnahmen

zu 5.1 Sachstandsbericht - ein VinziDorf für Marburg

VO/1036/2022

Frau Meier (FD50) stellt den Bericht vor. Sie verweist auf den Prüfantrag (VO/0317/2021), woraufhin eine Steuerungsgruppe und ein Projektbeirat gebildet wurde. Aktuell wird ein geeigneter Standort gesucht. Geplant ist, dass dieser bis zum Frühjahr 2023 gefunden wird, für Anfang 2024 ist der Baubeginn geplant, eine Fertigstellung soll 2025 erfolgen.

Frau Meier hebt die positive Resonanz bzgl. des Miteinbeziehens Betroffener durch Befragung hervor, was seinerzeit in Österreich nicht möglich war.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.2 Jahresbericht zur Umsetzung des Konzept III Kommunale Altenplanung "Gut Älterwerden in Marburg"

Frau Dr. Engel und Herr Dr. Grebe stellen den Bericht anhand einer Präsentation (als Anlage zum Protokoll) vor. Fragen aus dem Gremium werden beantwortet. Weitere Ausführungen erfolgen durch die Gemeindepflegerinnen Frau Gattinger und Frau Heinzer.

Frau Dinnebier bedankt sich für das besondere Engagement der Beteiligten.

Das Gremium nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6 Verschiedenes

Der Vorsitzende erklärt, dass bzgl. der Anmerkungen zum Punkt 6 des letzten Protokolls alle Fraktionen des Ausschusses einen gemeinsamen Antrag bzgl. der Expertenanhörung formulieren werden. Dieser soll dann für die nächste Ausschusssitzung vorgebracht und beraten werden.

Herr Schmidt verweist auf die Höhe der in diesem Zusammenhang im Haushalt 2023 geplanten freiwilligen Leistungen (1,4 Mio. €) und betont die Notwendigkeit einer klaren Formulierung, welche Zielsetzung mit dem Antrag verfolgt werden soll.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Marburg, 12.12.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Roland Böhm

Ansgar Rohner

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1146/2023
	Status:	öffentlich
	Datum:	03.02.2023
Antragsteller*in:	SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke, CDU/FDP/BfM	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Fachtag über die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, einen Fachtag zur Information über die soziale und wirtschaftliche Situation, welche im Zuge der Inflation sowie der steigenden Kosten für Energie entstanden ist, durchzuführen und dazu Expert*innen zu folgenden Themen einzuladen:

- Eine sachkundige Person, die die aktuelle Entwicklung der Inflation insgesamt sowie die erwartete Entwicklung einschätzen kann und im besonderen Maße die Auswirkungen entsprechender Teuerungsraten für die Grundsicherung bzw. das Bürgergeld erläutern kann.
- Eine Expertin oder einen Experten, zur Beantwortung von Fragen über die Auswirkung der voraussichtlichen Erhöhung der Leistungen durch das Bürgergeld. Es soll sich der Frage angenähert werden, ob das Bürgergeld die entstandenen Mehrkosten kompensiert, es dafür zu gering ist oder diese sogar überkompensiert.
- Es soll eine Auskunft über die Abgrenzung der Kosten von Unterkunft und Energie, die unabhängig und vollständig erstattet werden, erfolgen.
- Es soll eine Auskunft des städtischen Energie-Dienstleisters Stadtwerke Marburg zur Preisentwicklung in den unterschiedlichen Sparten bisher und für 2023 erfolgen.

Es soll eine Auskunft von freien Trägern, darüber geben:

- wie sie ihre von der Stadt finanzierten Beratungsangebote (darunter Sozial- und Schuldnerberatung) kurzfristig auf den neuen Beratungsbedarf zu Bürgergeld und Wohngeld umgestellt haben oder umstellen werden, um den Menschen in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet eine möglichst schnelle und umfassende Beratung zukommen lassen zu können.
- in Verbindung mit den finanziellen und sozialen Auswirkungen der aktuellen Preissteigerungen auf die angespannte Lage am Wohnungsmarkt eingegangen werden.
- Wie sich die aktuelle Situation auf alters- und gesundheitsspezifische Aspekte bei den Beratungen ausgewirkt haben und wie sich die aktuelle Situation auf Jugendliche auswirkt.
- Es soll eine Auskunft freier Träger von Unterstützungsangeboten wie der Tafel u.A. geben, wie sie die aktuelle Situation sowie die künftige Entwicklung sehen; und sie sollen erläutern, welche Unterstützung sie benötigen, um die Auswirkungen der Krise für die Betroffenen zu bewältigen.

Begründung

Derzeit erlebt Deutschland eine schwere Energiekrise, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Auch die Menschen spüren die Auswirkungen der steigenden Energiekosten, insbesondere Diejenigen mit geringem Einkommen. Die damit einhergehenden, steigenden Lebenshaltungskosten, stellen eine erhebliche Belastung für sie dar. Inflationsraten von 7 bis 10 % sind Preissteigerungen, die akute finanzielle Unsicherheiten auslösend die finanziellen Möglichkeiten vieler Menschen bzw. Familien überfordern. Sowohl in der Stellungnahme der GWA an den Sozialausschuss als auch im offenen Brief der „Initiative für ein solidarischeres und soziales Marburg“ an die Stadtverordneten wird die schwierige Situation eindringlich beschrieben. Wir schätzen die Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Akteure und stellen im Besonderen die wichtige Arbeit der Gemeinwesenträger heraus.

In diesen Zeiten sind wohl überlegte und auf hinreichenden Informationen basierende Maßnahmen gefragt. Um ziel- und passgenaue Maßnahmen zu beraten, wird daher die Konsultation von Expert*innen des wirtschaftswissenschaftlichen und sozialen Bereichs notwendig sein. Ziel dieses Antrags ist daher die Organisation eines Fachtags über die soziale und wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Marburg, die auch die auf Bundesebene beschlossenen Maßnahmen und Gesetzesänderungen (Entlastungspakete, Bürgergeld, Wohngeld Plus) umfassen.

Liban Abdirahman Farah

Roland Böhm

Katharina Rink

Winfried Kissel

Mariele Diehl

Anlage/n

Keine

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/1155/2023
	Status:	öffentlich
	Datum:	08.02.2023
Antragsteller*in:	Marburger Linke, CDU/FDP/BfM	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Kenntnisnahme	nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen Marburger Linke und CDU/FDP/BfM betr. Anhörung zu Hilfsmaßnahmen für Menschen in prekären Lebenslagen

Beschlussvorschlag

Als Ergänzung und zur Vorbereitung des Fachtags (siehe Antrag VO/1146/2023) beantragen die Fraktionen CDU/FDP/BfM und Marburger Linke, folgenden Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung:

Anhörung von Vertretern der freien Träger (z. B. GWA-Träger, Tafel, foodsharing, EUTB, ...) gemäß § 62 Abs. 6 HGO als Sachverständige.

Sie sollen den Ausschuss über die aktuelle Situation ihrer Klientel, die aus ihrer Sicht erforderlichen Maßnahmen sowie ihre eigene personelle und finanzielle Lage informieren. Der Ausschussvorsitzende wird mit ihnen sprechen und sie einladen.

Begründung

Sowohl in der Stellungnahme der GWA an den Sozialausschuss als auch im offenen Brief der „Initiative für ein solidarisches und soziales Marburg“ an die Stadtverordneten wird eindringlich die schwierige Situation beschrieben und es werden sehr konkrete Maßnahmen beschrieben, die umgehend realisiert werden sollen. Daher sind Vertreter der freien Träger (z. B. GWA, Tafel,

foodsharing, EUTB, ...) gemäß § 62 Abs. 6 HGO als Sachverständige zu diesen Beratungen hinzuzuziehen. Diese Diskussion verbessert für Magistrat und Verwaltung die Vorbereitung des beantragten Fachtags. Die Zusammenführung der Kompetenzen von Verwaltung/Magistrat und der Initiativen vor Ort ist die beste Möglichkeit, passgenaue und erfolgreiche Maßnahmen schnellstmöglich zu realisieren und den Menschen konkret zu helfen. Von besonderem Interesse sind Fragen wie

- Was wird gegen Armut, insbesondere Kinderarmut unternommen?
- Wie wird mit dem steigenden Bedarf an Sozial- und Schuldnerberatung umgegangen?
- Wie werden die freien Träger, die in diesem Feld tätig sind, inhaltlich, personell und finanziell unterstützt?

Außerdem kann dargelegt werden, welche finanziellen Auswirkungen die notwendigen Maßnahmen im Haushalt 2023 haben.

Roland Böhm

Winfried Kissel

Anlage/n

Keine